



## Sessionsbericht – Wintersession

### *Rapport de session – Session d’hiver*

02. Dezember bis 20. Dezember 2019

---

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

#### **Langweilig, aber gut!**

Bekanntlich ist ein Ende immer auch der Anfang von etwas Neuem. Mit dem Ende der 50. Legislatur ging eine intensive und durchaus umstrittene Zeit zu Ende. Die FDP-Liberale Fraktion musste von vielen bekannten Gesichtern Abschied nehmen. Sei dies freiwillig aufgrund von Rücktritten oder unfreiwillig aufgrund von Abwahlen, so oder so war das schmerzhaft. Es lässt aber auch Raum für neue Gesichter (8 im National- und 2 im Ständerat) und neue Ideen. Diese positive Energie war während der ganzen Wintersession 2019 zu spüren und ist ein gutes Indiz für die kommenden vier anspruchsvollen Jahre, bei der die Schweiz vor sehr grossen Herausforderungen z.B. bei der Altersvorsorge, Europapolitik oder beim Klimaschutz steht.

Jedoch ändert sich in Bundesbern bei weitem nicht alles mit dem Anfang der 51. Legislatur. Wie üblich in der Wintersession, und noch viel ausgeprägter bei einem Legislaturwechsel, stehen die vielen Wahlen und dazugehörigen Feiern im Zentrum. Auch für die FDP gab es erneut einiges zu bejubeln. Im Unterschied zum vorherigen Jahr konnten wir zwar keine neue Bundesrätin feiern, dafür aber die Wiederwahl unserer beiden bestehenden Vertreter im Bundesrat. Hätte die vereinte Schweizer Medienlandschaft nicht täglich über eine nicht vorhandene Dramatik berichtet, wäre diese Gesamterneuerungswahl des Bundesrates wahrscheinlich als eine weitere normale Wahl des Gesamtbundesrates in die Geschichte eingegangen. Ganz im Sinne von: Langweilig, aber gut! Denn nach den durchaus signifikanten Verschiebungen in der Parteienlandschaft nach den nationalen Wahlen am 20. Oktober zeigte sich das Politsystem nämlich weiterhin als Hort der Stabilität. Mit Freude konnte die FDP-Liberale Fraktion zur Kenntnis nehmen, dass die grosse Mehrheit des Parlamentes keine Experimente unterstützt und aus dem Bundesrat nicht eine Wahlkampfmaschine machen will. BR Ignazio Cassis und BR Karin Keller-Sutter wurden entsprechend sicher wiedergewählt, was am traditionellen Fraktionsessen zu einer entsprechend ausgelassenen Stimmung führte.

Ebenfalls Grund zur Freude war die rekordhohe Wahl von NR Isabelle Moret als Nationalratspräsidentin. Damit besetzt die FDP erneut mit einer Frau das höchste Amt der Schweizer Politik. In den letzten 20 Jahren waren damit von den Nationalratspräsidien der FDP stolze zwei Drittel Frauen. Das wurde entsprechend ausgiebig im Kanton Waadt mit Saucisson und Weisswein gefeiert. Dank den vielen Feiern ist zumindest sichergestellt, dass man den Körper für die kommenden Festlichkeiten schon vortrainiert hat. Dass in der Winterssession nicht nur gefeiert wurde, beweist der folgende Sessionsbericht. Leicht verdaulich ist diese Kost jedoch ebenfalls nicht. Trotzdem wünsche ich viel Spass bei der Lektüre!

## 1. Budget für 2020 schuldenbremsenkonform gutgeheissen

Ungewohnt rasch ging die Beratung für das Budget 2020 über die Bühne. Bereits in der zweiten Woche hat der Nationalrat alle Differenzen zum Ständerat bereinigt und damit den Voranschlag 2020 verabschiedet. Insgesamt sieht der Voranschlag nun Ausgaben von 75,32 Milliarden Franken mit einem Überschuss von noch 344 Millionen Franken vor.

101,1 Millionen Franken mehr gehen an Bildung und Forschung. Der ETH-Bereich, Universitäten und Fachhochschulen erhalten mehr Geld und ebenso die höhere Berufsbildung und Forschungsförderung. Erhöht hat das Parlament auch die Budgetposten für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung um 4 Millionen Franken sowie für nationale Sportanlagen sowie Sportverbände um zusammen 15 Millionen Franken. Für Schweiz Tourismus erhöhten sie das Budget um 2,375 Millionen Franken, auf Grund eines früheren Parlamentsentscheides. Beim Asyl kürzten die Räte um knapp 40 Millionen Franken. Mit dem Einverständnis des Bundesrates strichen sie bei den Betriebskosten der Bundesasylzentren 27 Millionen Franken und bei der Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge 12,8 Millionen Franken. Anlass war die tiefere Zahl von Asylgesuchen. Zusammen mit dem Budget bewilligten die beiden Kammern Nachtragskredite für 2019. Insgesamt waren es 221,7 Millionen Franken. Gut die Hälfte davon - 128,7 Millionen Franken - werden für Bürgschaften des Bundes für acht Hochseeschiffe gebraucht, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind.

Die FDP steht hinter dem Budget, denn die Schuldenbremse wird respektiert. Aufgrund der guten Finanzlage konnten wir auch einigen massvollen Mehrausgaben im Vergleich zu bundesrätlichen Vorlage zustimmen. Insbesondere in Bereichen, welche die Standortbedingungen der Schweiz verbessern, sollen Investitionen möglich sein. Namentlich der Bereich Bildung, Forschung und Innovation muss auf Kontinuität setzen können, damit die Schweiz wettbewerbsfähig bleibt. Die Finanzlage des Bundes ist momentan gut, doch es kommen Herausforderungen auf uns zu: Der Anteil der gebundenen Ausgaben steigt stetig, mehrere grössere Investitionsprojekte stehen an und aufgrund der internationalen Pläne im Bereich der Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft ist mit Mindereinnahmen zu rechnen. Die FDP wird sich daher weiterhin für eine starke Schuldenbremse und eine finanziell handlungsfähige Schweiz einsetzen.

## 2. Heiratsstrafe: Weg frei für die Individualbesteuerung

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Vorlage des Bundesrates für eine Reform der Paar- und Familienbesteuerung zurückgewiesen, mit 113:80 Stimmen überraschend klar. Die Steuerbelastung der Ehepaare wäre gemäss der bundesrätlichen Vorlage zunächst im Rahmen der gemeinsamen Veranlagung berechnet worden und dann in Anlehnung an die Besteuerung von Konkubinatspaaren. Bezahlt würde der tiefere Betrag.

Verfassungswidrige Ungleichbehandlungen in der Paar- und Familienbesteuerung gehören endlich abgeschafft. Doch es gilt nicht nur die Heiratsstrafe abzuschaffen, sondern auch neue Ungleichbehandlungen zu verhindern. Die Vorlage des Bundesrates genügt diesem Anspruch nicht, da Konkubinatspaare mit Kindern neu gegenüber Ehepaaren steuerlich benachteiligt wären und mehr zahlen müssten. Die klare Rückweisung an den Bundesrat ist ein starkes Zeichen des Parlaments. Damit verpflichtet ihn das Parlament, neue Modelle wie die Individualbesteuerung, aber auch das Waadtländer Modell, nochmals zu prüfen.

Die FDP fordert seit längerem die Individualbesteuerung, weil dieses Modell das einzige ist, welches ein Paar zivilstandesunabhängig nur gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert. Die modifizierte Individualbesteuerung ermöglicht es auch, Überbelastung bestimmter Familienkonstellationen zu vermeiden und sieht beispielsweise einen Einverdienerabzug vor. Im Sommer 2019 wurde ein FDP-Vorstoss für die Individualbesteuerung eingereicht – unterzeichnet von 104 Nationalrätinnen und Nationalräten. Die Zeit ist reif.

### 3. Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Das Parlament einigt sich in der Wintersession auf den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss sieht einen Budgetrahmen von maximal sechs Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flieger vor. Der Beschluss enthält weder die Anzahl zu beschaffender Flugzeuge noch den Flugzeugtyp. Diese Entscheidung trifft der Bundesrat auf Basis der Erkenntnisse der aktuell laufenden Evaluation. Die Erneuerung der Luftabwehr muss jetzt politisch an die Hand genommen werden, denn die in die Jahre gekommenen F/A-18 erreichen spätestens in zehn Jahren das Ende ihrer Nutzungsdauer.

Obwohl der Grundsatzentscheid, also die Beschaffung neuer Flugzeuge, im Parlament nicht (resp. nur von linker Seite) umstritten war, musste eine Einigungskonferenz eingesetzt werden. Diese musste eine Lösung beim einzigen Streitpunkt, der Höhe der Offset-Kompensationen, finden. Während der Ständerat aus regionalpolitischen Gründen eigentlich eine Kompensation in der Höhe von 80% des Vertragsvolumens anstrebte, folgte der Nationalrat dem Vorschlag des Bundesrates (60%). Bei der Höhe setzte sich letztlich der Nationalrat mit 60% durch. Im Gegenzug konnte der Ständerat erreichen, dass auch rüstungsfremde Industrien von Gegengeschäften profitieren können.

Für die FDP ist klar: Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Die Verteidigung von Land und Menschen ist ohne effektive Luftabwehr nicht möglich. Auch in Friedenszeiten ist eine moderne Flugzeugflotte zur Erfüllung des Luftpolizeidienstes, zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Sicherung der Hoheit über den Luftraum unverzichtbar. Dazu braucht die Schweiz leistungsstarke Kampfflugzeuge. Da eine Referendumsabstimmung zu erwarten ist, gilt es ab sofort die politischen Kräfte zugunsten dieser wichtigen Beschaffung zu bündeln.

### 4. Die Aktienrechtsrevision schreitet mir kleinen Schritten voran

Die Revision des Aktienrechts ging in der Wintersession 2019 in die erste Runde der Differenzbereinigung. Es war der Nationalrat, der sich in dieser Session als Erstrat über die Differenzen zwischen den Räten beugte. Dieser hielt aber mehrheitlich an seiner Position fest, wodurch nur wenige Differenzen bereinigt werden konnten. Für die FDP ist es wichtig, dass diese Revision genutzt wird, um das Aktienrecht zum Wohle des Wirtschaftsstandorts Schweiz und der Förderung des innovativen Unternehmertums zu modernisieren und vereinfachen. Dem entspricht die Position des Nationalrats mehr, weswegen die FDP Fraktion das Festhalten des Nationalrats an seiner Position unterstützt hatte.

Entgegen der Mehrheit der FDP-Liberale Fraktion ist der Nationalrat dem Ständerat aber beim Thema der erleichterten Gründung von Unternehmen gefolgt und hat eine erleichterte Unternehmensgründung mittels Musterstatuten abgelehnt. Aus Sicht der FDP wurde damit eine Chance verpasst zu deregulieren und für Start-Ups unnötige administrative Hürden aus dem Weg zu räumen. Geeinigt haben sich die Räte weiter zur Frage, ab welcher Beteiligung Aktionäre börsenkotierter Gesellschaften Einfluss auf die Traktandierung an der Generalversammlung nehmen dürfen. Auch hier folgte der Nationalrat entgegen der geschlossenen FDP-Fraktion dem Nationalrat und beschloss den vom Bundesrat vorgeschlagenen tieferen Schwellenwert zu übernehmen. Die Fraktion hatte sich entgegen der Mehrheit des Nationalrats für den von der Kommission beantragten Schwellenwert von 3% eingesetzt.

Dem Ständerat gefolgt ist der Nationalrat mit 119:66 entgegen der geschlossenen FDP-Liberale Fraktion ferner bei der Bestimmung zur Bekämpfung der Korruption im Rohstoffsektor. Schon beschlossen war, dass grosse börsenkotierte Unternehmen, die in der Rohstoffförderung tätig sind, einen jährlichen Bericht über ihre Zahlungen an staatliche Stellen verfassen müssen. Nun haben die Räte dem Bundesrat zusätzlich die Kompetenz erteilt, die Regelung im Rahmen eines international abgestimmten Vorgehens auf Unternehmen im Rohstoffhandel auszudehnen. Hier setzten sich SP, Grüne und Grünliberale durch. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

## 5. Kein schädlicher Alleingang bei der Unternehmensverantwortung

In dieser Wintersession entschied sich der Ständerat, der Unternehmensverantwortungsinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Dabei musste er sich zwischen zwei Konzepten entscheiden. Das eine Konzept unterschied sich kaum von der Initiative selber und stellte damit eine vorweggenommene Umsetzungsgesetzgebung dar. Dass die Initianten bei der Annahme dieses Konzepts die Initiative zurückgezogen hätten, erstaunt daher wenig. Im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Menschenrechte und Umweltstandards sollten Schweizer Unternehmen gemäss diesem Konzept u.a. Sorgfaltsprüfungs- und Berichterstattungspflichten inkl. Haftungsnorm auferlegt werden. Damit hätte die Schweiz die weltweit strengste Haftungsregelung in diesem Bereich eingeführt. Die negativen Folgen wären dieselben, wie bei einer Annahme der Initiative.

Die FDP hatte die Problematik dieses Konzeptes eines Gegenvorschlags früh erkannt. Nachdem der Nationalrat sich aber im Sommer entgegen der Mehrheit der FDP für dieses Konzept ausgesprochen hatte, schien die Lage etwas verfahren. Im August dieses Jahres brachte dann aber der BR einen neuen Ansatz in die Diskussion ein und zeigte eine Alternative zur gefährlichen Initiative und zum verfehlten Gegenvorschlag auf. Diese Alternative nimmt das berechtigte Grundanliegen der Initiative auf, setzt aber anstelle eines nationalen Alleinganges, auf ein international koordiniertes Vorgehen. Der Ständerat nahm diesen erfolgversprechenden Ansatz auf und entschied sich zusammen mit der FDP mit einer stabilen Mehrheit für dieses Konzept.

Die FDP ist überzeugt, dass mit dieser Lösung dem unterstützungswerten Anliegen der Initiative entsprochen werden kann, ohne kontraproduktive Wirkungen zu erzeugen und der Schweiz unnötig zu schaden. Dieser indirekte Gegenvorschlag ist eine sinnvolle Alternative zur Initiative, der die Kernanliegen auch ohne unnötigen Kollateralschaden umsetzt.

## 6. Prestations transitoires : uniquement en dernier recours

Aujourd'hui, en Suisse, la situation des travailleurs âgés est bonne : le taux de chômage de cette tranche d'âge est inférieur à la moyenne nationale et son taux d'occupation n'a jamais été aussi élevé. En cas de licenciement, ces travailleurs âgés ont toutefois besoin de davantage de temps pour retrouver un emploi. Le risque de dépendre de l'aide sociale augmente.

Déjà lors de la mise en œuvre de l'initiative sur l'immigration de masse, le Parlement, sous la direction du PLR, avait adopté des mesures visant à mieux exploiter le potentiel de la main d'œuvre nationale. En mai de cette année, le Conseil fédéral a suivi les propositions de Karin Keller-Sutter et adopté un certain nombre d'autres mesures. Durant cette session d'hiver, le Conseil des États a approuvé le crédit pour ces mesures et a longuement débattu d'une mesure spéciale, à savoir les prestations transitoires pour les chômeurs de plus de 60 ans arrivés en fin de droit. Ces prestations doivent être octroyées de manière ciblée, et uniquement si toutes les autres mesures de réinsertion sur le marché du travail ont échoué.

Le PLR soutient cette décision parce qu'il a réussi à durcir les conditions d'octroi dans le cadre des débats parlementaires. Les prestations ne doivent pas être trop élevées, faute de quoi de mauvaises incitations pourraient voir le jour. Bénéficiaire de prestations transitoires doit également être lié à l'obligation de poursuivre activement la recherche d'un emploi. Il s'agit de limiter les mauvaises incitations : les travailleurs âgés ne doivent pas pouvoir se reposer systématiquement sur ces prestations et les employeurs ne doivent pas en profiter pour les pousser à une retraite anticipée à la charge de l'État.

## 7. Initiative des soins : oui à un contre-projet, mais pas sous cette forme

Le Conseil national a rejeté l'initiative populaire sur les soins infirmiers. Il a en revanche accepté un contre-projet. Le PLR, conscient et préoccupé par les problèmes qui touchent les professionnels des soins, est certes favorable à un contre-projet. Cependant, la gauche l'a transformé en une mise en œuvre précipitée de l'initiative populaire, ce qui n'est pas acceptable. Ainsi transformé en une copie de

l'initiative, le contre-projet ne pouvait malheureusement pas être avalisé par une majorité du groupe libéral-radical.

Une majorité du National veut autoriser les infirmières et infirmiers à facturer leurs prestations directement à la charge de l'assurance de base. Le PLR ne peut accepter ce changement de paradigme que si des mesures d'accompagnement sont prévues, afin de s'assurer que les coûts ne s'envolent pas. La solution la plus efficace et simple serait de conditionner la prescription à la charge de l'assurance de base à la conclusion d'une convention avec un ou plusieurs assureurs. Les prestations concernées continueraient toutefois à pouvoir être facturées selon le modèle actuel, à savoir sur ordonnance médicale. Cette condition, balayée par le centre et la gauche, constituait un garde-fou sans lequel une majorité du groupe libéral-radical ne pouvait accepter la loi.

En termes de formation, la chambre basse propose d'encourager les offres proposées par les structures de soins et les écoles. Le PLR a pleinement soutenu cette démarche. Il n'a en revanche pas suivi la majorité de centre-gauche du National sur la question du soutien financier aux personnes en formation au niveau fédéral, pour deux raisons principales. En premier lieu, la question des bourses et des prêts d'étude relève de la compétence des cantons. Il n'appartient pas à la Confédération de fixer les règles du jeu. Par ailleurs, la pénurie de personnel qualifié n'existe pas que dans le domaine des soins et l'on peut craindre que cette nouvelle subvention fasse tache d'huile pour d'autres formations.

## 8. Klare europapolitische Signale

In der Wintersession wurden mehrere europapolitische Entscheide mit Signalwirkung gefällt. Zunächst hat der Nationalrat die Differenzen zum Ständerat in Sachen Kohäsionszahlungen bereinigt. Die Erneuerung des Schweizer Beitrags wurde aufgrund des unsicheren Verhältnisses zur EU seit einem Jahr zwischen den Räten hin und her geschoben. Der nun verabschiedete Beschluss ist kein Blankocheck für den Bundesrat, sondern sieht einen klaren Vorbehalt vor: Die mit den Kohäsionsgeldern finanzierten Projekte dürfen nur gestartet werden, wenn keine diskriminierenden Massnahmen der EU gegen die Schweiz vorliegen. Die FDP unterstützt dieses Vorgehen.

Zweitens haben die eidgenössischen Räte eine negative Abstimmungsempfehlung zur Begrenzungs-Initiative (Kündigungsinitiative) abgegeben. Ausser der SVP sprechen sich alle Parteien klar gegen die Initiative und damit gegen die Kündigung der Personenfreizügigkeit aus. Die Annahme der Volksinitiative hätte aufgrund der Guillotine-Klausel nichts weniger als das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges zur Folge. Dieses Risiko ist die FDP-Fraktion nicht bereit einzugehen, umso weniger als die Initiative nicht die eigentlichen Probleme im Migrationsbereich adressiert (die im Bereich der Drittstaatenmigration zu verorten sind).

Drittens hat der Nationalrat den zweiten Teil einer in der Sommersession erstmals behandelten Motion aus der WAK beraten. Der erste Teil der Motion, der Zusatzverhandlungen beim InstA in den Bereichen Lohnschutz, staatliche Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie fordert, wurde gegen den Willen der FDP bereits überwiesen. Der zweite Teil der Motion verlangt u.a. eine Klärung der Zuständigkeiten des geplanten Schiedsgerichts und eine „Anschlussgesetzgebung“, mit der die demokratischen Mitwirkungsrechte gewahrt werden sollen. Die FDP hat sich klar gegen das Begehren ausgesprochen, da alle inhaltlichen Punkte bereits erfüllt sind. Der Nationalrat teilt nun diese Ansicht und verwirft das Begehren.

## 9. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

**Bundesstrafgericht. Präsidium und Vizepräsidium 2020 - 2021.** Die vereinigte Bundesversammlung hat Sylvia Frei (SVP) zur Präsidentin und Stephan Blättler (SVP) zum Vizepräsidenten des Gerichts gewählt.

**Bundesgericht.** Sarah Bechaalany (f, Grüne) sowie Yann Hofmann (f, CVP) wurden zur nebenamtlichen Bundesrichterin bzw. zum nebenamtlichen Bundesrichter gewählt.

**Bundesverwaltungsgericht.** Als neues Mitglied wurde Debora D'Aveni (f, SP) gewählt.

**Mitlitärkassationsgericht. Gesamterneuerung 2020 – 2023.** Die vbv hat alle bisherigen Mitglieder für weitere vier Jahre im Amt bestätigt.

## 10. Geschäfte beider Räte

**Übergangsbestimmungen im CO2-Gesetz:** Aufgrund der Verzögerung der Totalrevision des CO2-Gesetzes hat sich der Nationalrat dazu entschlossen, bei der parl. Initiative Burkart (17.405) nicht nur die Steuererleichterungen für biogene Treibstoffe zu verlängern sondern auch andere auslaufende Massnahmen. Der Ständerat hat wie dazumal der Nationalrat Vorschläge der vorberatenden Kommission für ein "Klimagesetz light" als Übergangslösung abgelehnt. Er reduzierte die Vorlage auf die wirklich notwendigen Verlängerungen z.B. für die Zielvereinbarungen, wie das auch die FDP-Liberale Fraktion bereits in der Erstberatung gefordert hatte. Der Ständerat will aber die Steuererleichterungen und anderen Massnahmen nicht nur bis Ende 2021, sondern bis Ende 2023 verlängern. Diese Differenz wurde dann während der Wintersession bereinigt, indem man sich auf 2023 einigte. In der Schlussabstimmung wurde dem Gesetz im Ständerat einstimmig und im Nationalrat mit 151 zu 42 bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

**Zivilschutz:** Beim revidierten Zivilschutzgesetz haben National- und Ständerat eine Einigung erzielt. Umstritten war zum Schluss noch, wofür bei privaten Schutzräumen Gelder aus den Ersatzbeiträgen für Schutzräume verwendet werden können. Gemäss Schlussfassung können Gelder nur für die Erneuerung von Schutzräumen eingesetzt werden. Dazu gehört beispielsweise die Erneuerung der Lüftung - aber nicht nur, wie der Kommissionssprecher Josef Dittli (FDP/UR) erläuterte. Auch Reparaturen der Bausubstanz - etwa der Panzertüre - fielen darunter. Der bundesrätliche Entwurf war zunächst stark umstritten, weil die Kantone berechtigterweise um ihren Einfluss fürchteten. Dank dem Engagement der FDP konnte das Gesetz im Frühling 2019 in einer Subkommission der SiK-N unter der Leitung von aNR Walter Müller (FDP/SG) dergestalt verbessert werden, dass es nun problemlos eine Mehrheit in den Räten fand.

**Proches aidants :** Les parents bénéficieront d'un congé indemnisé de quatorze semaines pour s'occuper d'un enfant gravement malade. Et un employé pourra s'absenter pour soigner un proche. Le Parlement a mis sous toit la nouvelle réforme. La mesure-phare concerne les parents, dont l'enfant est gravement malade ou accidenté. Ils pourront bénéficier d'un congé de quatorze semaines au plus. Une personne, qui prend soin d'un membre de la famille ou d'un partenaire avec lequel elle habite depuis au moins cinq ans, pourra également prétendre à un congé payé. Celui-ci sera toutefois limité à trois jours par cas et dix jours par année. Le PLR s'est battu pour restreindre le cercle des bénéficiaires et la durée de ce congé, sans succès. Conscient du besoin d'agir dans ce domaine, il a toutefois soutenu le projet au vote final.

## 11. Geschäfte des Nationalrats

**Versicherungen:** National- und Ständerat sind sich bei verschiedenen Punkten der Revision des Versicherungsvertragsgesetz noch nicht einig. Der Nationalrat hat die Revision zum zweiten Mal beraten und dabei zahlreiche vom Ständerat beschlossene Bestimmungen übernommen. So soll in der kollektiven Taggeldversicherung nicht nur der Versicherte, sondern im Schadenfall auch die Versicherung kündigen können. Das Widerrufsrecht bei wesentlichen Vertragsänderungen hat er gestrichen. Diskussionslos stimmte der Nationalrat einigen vom Ständerat beschlossenen Verbesserungen für Konsumentinnen und Konsumenten zu, darunter die Abschlagszahlungen oder das Kündigungsrecht bei Gefahrminderung. Festgehalten hat der Nationalrat unter anderem bei der Nachhaftung oder bei der Befristung des Kündigungsrechts im Fall einer Anzeigepflichtverletzung. Die FDP setzt sich weiterhin für

ein ausgewogenes Versicherungsvertragsgesetz ein: Einerseits muss das Gesetz in der Realität praktikabel sein; andererseits darf der Konsumentenschutz nicht geschwächt werden.

**Burkaverbot:** Das Parlament will eine gesetzliche Pflicht einführen, das Gesicht zu zeigen, wenn eine Person identifiziert werden muss. Nach dem Ständerat hat sich am Donnerstag auch der Nationalrat für einen indirekten Gegenvorschlag zur Burkainitiative ausgesprochen. Konkret will das Parlament die Kompetenz für Verhüllungsverbote bei den Kantonen belassen. Mit dem indirekten Gegenvorschlag wollen die Räte aber eine gesetzliche Pflicht einführen, beispielsweise für eine Billettkontrolle das Gesicht zu zeigen. Der Nationalrat nahm zudem verschiedene Punkte auf, die Frauen besser stellen sollen. Als nächstes entscheidet der Ständerat über die Differenzen. Die FDP-Fraktion war betreffend Gegenvorschlag geteilt, eine Mehrheit hat ihn am Ende abgelehnt, weil er mit sachfremden Elementen überladen wurde. Erst nach deren Bereinigung wird der Nationalrat über die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" debattieren.

**Lobbying im Bundeshaus:** Bereits beim ersten Sachgeschäft der neuen Legislatur hat der frisch zusammengesetzte Nationalrat ein erstes Zeichen gesetzt. Anders als bisher will die grosse Kammer nun neue Regeln für Bundeshauslobbyisten diskutieren. Mit 107 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltungen sprach sich der Nationalrat deutlich dafür aus, auf die Vorlage der Staatspolitischen Kommission des Ständerates einzutreten. Nun sei "offensichtlich, dass in der Frage der Transparenz Handlungsbedarf besteht", sagte Matthias Jauslin (FDP/AG). Das Geschäft geht zurück in die Kommission (SPK-N) für die Vorberatung im Detail.

**Überbrückungshilfe für Parlamentarier:** Nur noch abgewählte und ohne ihr Ratseinkommen bedürftige Parlamentsmitglieder sollen künftig finanzielle Überbrückungshilfe erhalten, und dies höchstens noch sechs Monate lang. Das hat der Nationalrat entschieden. Er ging damit weniger weit als die Mehrheit seiner Staatspolitischen Kommission (SPK) beantragt hatte, und hiess die Vorlage mit 97 zu 87 Stimmen gut. Angestossen hatte die Neuerung die frühere Nationalrätin Natalie Rickli (SVP/ZH). Sie und die Mehrheit hatten allerdings verlangt, die Überbrückungshilfe ganz zu streichen. Mit der Kürzung folgte der Rat einem Minderheitsantrag von CVP, SP, Grünen und GLP. Nun ist der Ständerat am Zug.

**Schengen-Weiterentwicklung:** Als Schengen-Staat übernimmt die Schweiz EU-Recht im Bereich der inneren Sicherheit. Dafür müssen Datenbanken weiterentwickelt oder neu konzipiert werden. Der Nationalrat hat dafür 99 Millionen Franken für die nächsten fünf Jahre bewilligt. Er stimmte dem Verpflichtungskredit mit 137 zu 56 Stimmen zu; die Nein-Stimmen kamen vorwiegend aus der SVP-Fraktion. Mit dem Verpflichtungskredit befasst sich nun der Ständerat. Die FDP unterstützt die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes. Schengen ist für die Sicherheitsbehörden von zentraler Bedeutung. Ohne Schengen wären diese blind.

**Zivildienst:** Der Wechsel von der Armee in den Zivildienst soll schwieriger werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einem Massnahmenpaket zugestimmt. Damit soll verhindert werden, dass der Armee Soldaten fehlen. Der Nationalrat hiess die Vorlage am Mittwochabend mit 102 zu 92 Stimmen bei einer Enthaltung gut. SP, Grüne, Grünliberale und eine Minderheit der Mitte-Fraktion hatten gar nicht erst darauf eintreten wollen. Von den acht Massnahmen hat der Rat eine abgelehnt: Für den Wechsel von der Armee in den Zivildienst soll keine Wartefrist von zwölf Monaten eingeführt werden. Den übrigen Massnahmen stimmte er zu. Dazu gehört eine längere Dienstzeit für jene, die ab dem ersten Wiederholungskurs wechseln. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Die FDP hat den verschärften Zulassungsbestimmungen klar zugestimmt, denn der Zugang zum Zivildienst ist heute so einfach, dass er die Armeebestände gefährdet. Darunter leidet die Wehrgerechtigkeit, denn letztlich ist der Militärdienst immer noch eine verfassungsmässige Pflicht.

**Internationale Schiedsgerichtsbarkeit:** Die Schweiz gehört zu den führenden internationalen Schiedsplätzen. Diese Stellung soll beibehalten und ausgebaut werden. Der Nationalrat hat mit Unterstützung der geschlossenen FDP Fraktion am Donnerstag einer entsprechenden

Gesetzesänderung zugestimmt. Im Wesentlichen werden damit die vom Bundesgericht in den letzten 30 Jahren entwickelten Grundsätze gesetzlich verankert. Das betrifft beispielsweise die Rechtsmittel gegen einen Schiedsentscheid. Weiter werden die Regeln anwender- und schiedsfreundlicher ausgestaltet. So sollen etwa in Verfahren vor dem Bundesgericht nicht nur Beilagen, sondern auch Rechtsschriften in Beschwerde- und Revisionsverfahren in englischer Sprache eingereicht werden können. Die Vorlage fand im Nationalrat breite Unterstützung und wurde im Nationalrat in der Gesamtabstimmung einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

**Revision Raumplanungsgesetz (RPG2):** Als Folgeprojekt der ersten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) hat der Bundesrat bereits 2015 eine zweite Etappe der Revision angestossen, um u.a. das Bauen ausserhalb der Bauzonen besser zu regeln. Seit diesem Entwurf wurden zwei Vernehmlassungen durchgeführt und nun eine Botschaft ausgearbeitet. Keine dieser Vorschläge des Bundesrates konnten bisher überzeugen, obwohl der Handlungsbedarf unbestritten ist. Darum hat die grosse Kammer eine weitere Teilrevision des Raumplanungsgesetzes mit 108 zu 83 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit des Rates wie auch die FDP hielt die Vorschläge des Bundesrats für nicht umsetzbar und zu kostspielig. Insbesondere die geplante Kompensationspflicht und die Pflicht zum Rückbau beim Wegfall der Bewilligungen waren stark bestritten.

**Recycling-Baustoffe:** Der Bund soll künftig wenn möglich im Hoch-, Tief- und Strassenbau Recycling-Baustoffe verwenden. Das fordert die grosse Kammer aufgrund der Annahme der Motion von alt Nationalrat Peter Schilliger. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Der Bundesrat ist einverstanden mit dem Anliegen. Damit könnten einheitliche Standards beim Einsatz von Recycling-Baustoffen etabliert werden. Dies würde den Einsatz dieser Baustoffe für private Bauherren vereinfachen und attraktiver machen.

**Littering:** Der Nationalrat will gegen das Littering vorgehen, um das achtlose Wegwerfen von Abfall wie Plastik, Aludosen und Zigarettenstummel zu verhindern. Er dazu die Motion von Jacques Bourgeois stillschweigend angenommen, die auch die Unterstützung vom Bundesrat erhalten hatte. Dieser ist bereit, die Gesetzgebung anzupassen, um Massnahmen gegen das Littering ergreifen zu können. Dabei soll zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum unterschieden werden. Heute ist Littering in einigen Kantonen strafbar, in anderen nicht.

**Fernwärme- und Fernkälteanlagen:** Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 und der angekündigten Netto-null-Emissionen bis 2050 fordert die FDP-Liberale Fraktion den Bundesrat auf, in einem Bericht das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Dabei soll er auch darlegen, wie dieses Potenzial in der Schweiz besser ausgeschöpft werden kann, welche Rolle dabei den Kantonen und Gemeinden, insbesondere den städtischen Energieversorgern, zukommt und was die aktuellen Hindernisse sind. Die Motion wurde stillschweigend angenommen, da auch der Bundesrat die Annahme empfohlen hatte.

**Révision de l'AI :** Les familles de rentiers avec enfants ne verront pas leurs prestations baisser avec la réforme de l'assurance invalidité (AI). Le National est revenu sur sa décision mardi: le montant alloué pour les enfants restera à 40% de la rente AI ou AVS. Le projet de réforme retourne au Conseil des Etats pour le traitement des dernières différences.

**Projets pilote cannabis :** Le Conseil national, avec une majorité du groupe libéral-radical (15:12:0), est entré en matière par 100 voix contre 85 sur le projet d'essais pilotes de distribution de cannabis qui vise à mener des programmes strictement encadrés. La discussion n'a porté que sur l'entrée en matière. Le dossier retourne auprès de la commission pour l'examen de détail.



## 12. Geschäfte des Ständerats

**Bussen:** Ausländische Geldstrafen und Bussen sollen dann steuerlich abzugsfähig sein, wenn sie gegen den schweizerischen Ordre public verstossen oder "wenn die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, dass sie alles Zumutbare unternommen hat, um sich rechtskonform zu verhalten". Das schlägt der Ständerat vor. Er möchte auf diesem Weg dem Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen zum Durchbruch verhelfen. Die Vorlage wird seit drei Jahren kontrovers diskutiert. Die kleine Kammer stimmte mit 26 zu 14 Stimmen dem Vorschlag der vorberatenden Kommission zu. Heute ist nicht explizit geregelt, ob Unternehmen Bussen von den Steuern abziehen dürfen oder nicht. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Dieser wollte bis anhin Unternehmen steuerlich entlasten, wenn diese für eine Handlung sanktioniert werden, die in der Schweiz nicht sanktionierbar wäre und wenn die Strafe das Höchstmass übersteigt, welches das schweizerische Recht für den betreffenden Rechtsverstoss verhängt. Die FDP spricht sich für eine klare Regelung aus, welche die Abzugsfähigkeit grundsätzlich verbietet, aber Schweizer Unternehmen nicht übermässig mit politisch bedingten ausländischen Urteilen belastet.

**Steuern:** Die Schweiz kann den Automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen mit 18 weiteren Staaten einführen. Das hat der Ständerat als Zweitrat gutgeheissen. Es ging um 18 von 19 Bundesbeschlüssen für Albanien, Aserbaidshan, Brunei, Dominica, Ghana, Kasachstan, Libanon, Macao, die Malediven, Nigeria, Niue, Pakistan, Peru, Samoa, Sint Maarten, Trinidad und Tobago, Vanuatu und Oman. Ausgeklammert bleibt der AIA mit der Türkei. Die Wirtschaftskommission hatte diesen Beschluss auf Eis gelegt und dies mit der militärischen Intervention in Syrien vom Oktober begründet. Der Bundesrat habe diese Intervention aufs Schärfste verurteilt, sagte Kommissionspräsident Pirmin Bischof (CVP/SO). Ein AIA mit der Türkei wäre deshalb ein falsches Signal. Die FDP unterstützt die AIA und die Sistierung des AIA mit der Türkei.

**Nachhaltiger Finanzplatz:** Der Ständerat will nachhaltige Finanzprodukte von der Verrechnungs- und der Stempelsteuer befreien. Er hat eine Motion von Ruedi Noser (FDP/ZH) mit diesem Anliegen angenommen - mit 24 zu 17 Stimmen. Der Vorstoss geht damit an den Nationalrat. Stimmt auch dieser zu, muss der Bundesrat sogenannte Green-Finance-Produkte von den Steuern befreien. Anlegerinnen und Anleger wollten vermehrt ökologisch sinnvolle Investitionen tätigen, machte Motionär Noser geltend. In der Schweiz wachse der Markt für nachhaltige Anlagen stark an. Das Gesamtvolumen sei 2018 um 83 Prozent auf 716,6 Milliarden Schweizer Franken angestiegen. Der Bundesrat steht dem Anliegen kritisch gegenüber.

**Transparenz-Initiative:** Der Ständerat will bei der Finanzierung von Parteien und Kampagnen in der Schweiz mehr Regulierung. Er hat am Montag der dritten Sessionswoche einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Transparenzinitiative gutgeheissen. Das Volksbegehren geht ihm aber zu weit. Mit 32 zu 12 Stimmen hat die kleine Kammer die Initiative "Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung" Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen. Der von der Staatspolitischen Kommission des Ständerats (SPK) entworfene indirekte Gegenentwurf fand im Rat dagegen eine komfortable Mehrheit. Schliesslich stimmten 29 Mitglieder des Ständerats dafür, 13 dagegen, 2 enthielten sich der Stimme. Der Vorschlag sieht unter anderem vor, dass die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien einmal im Jahr ihre Einnahmen sowie Zuwendungen im Wert von mehr als 25'000 Franken pro Person und Jahr offenlegen müssen. Bei der Initiative liegt der Schwellenwert in diesem Punkt bei 10'000 Franken. Als nächstes entscheidet der Nationalrat über Initiative und Gegenvorschlag. Die FDP lehnt sowohl Initiative wie Gegenvorschlag ab, denn beide führen höchstens zu einer Scheintransparenz. Und das um den Preis von hohen bürokratischen Aufwänden, wenig demokratischem Erkenntnisgewinn und einem hohen Frustpotenzial, wenn dereinst etwas schief laufen sollte – bis hin zu Strafverfahren, Medienskandalen und Abstimmungsanfechtungen.

**Datenschutz:** Der Ständerat will den Schutz persönlicher Daten verstärken und die Regeln für sogenanntes Profiling verschärfen. Beim der Revision des Datenschutzgesetzes weicht er damit von

verschiedenen Beschlüssen des Nationalrats ab. In der Gesamtabstimmung nahm die kleine Kammer das Datenschutzgesetz mit 29 zu 4 Stimmen an. Die laut Justizministerin Karin Keller-Sutter nun "ausgewogene Vorlage" geht zurück an den Nationalrat. Dort dürften die Änderungen wiederum zu langen Diskussionen Anlass geben. Der Ständerat hat das Gesetz gegenüber der nationalrätlichen Version etwas verschärft und hat vor allem beim umstrittenen Profiling eine Lösung, die risikohaftes und risikoarmes Profiling unterscheidet, erlassen. Ein guter Datenschutz ist für die FDP wichtig: Erstens ist der Schutz privater Daten ein liberales Anliegen, zweitens ist die Äquivalenz mit dem EU-Recht anzustreben, denn die Datenwirtschaft arbeitet global und nicht regional. Dabei ist aber auf „Swiss finish“ zu verzichten.

**Terrorismusbekämpfung:** Der Ständerat entscheidet vorerst weder über härtere Strafen für Terroristen noch über Hausarrest für terroristische Gefährder. Er hat am Montag zwei Vorlagen zurückgewiesen. Beide Vorlagen bezwecken die Verstärkung des Anti-Terror-Dispositivs. Einerseits soll das Strafrecht ausgebaut, andererseits neue präventiv-polizeiliche Massnahmen geschaffen werden. Die Zurückweisung beider Geschäfte erfolgte wegen der geplanten internationalen Zusammenarbeit. Der Ständerat verlangt, dass sich nicht nur die Sicherheitspolitische Kommission, sondern auch die Rechtskommission damit befasst. Die Vorlage gehe weit über die Terrorismusbekämpfung hinaus, insbesondere im Bereich der Rechtshilfe, argumentierten die Befürworter der Zurückweisung. Den Staatsanwälten werde erlaubt, vorzeitig Informationen an ausländische Strafverfolgungsbehörden auszuhändigen. Zudem könnten zusammen mit anderen Staaten gemeinsame Ermittlungsgruppen geschaffen werden. Das Gesetz wird nun, bevor es wieder in den Rat kommt, auch von der Rechtskommission begutachtet. Die FDP unterstützt ein schärferes Anti-Terror-Dispositiv.

**Polizeilicher Informationsaustausch:** Das Parlament beauftragt den Bundesrat, eine zentrale nationale Polizeidatenbank oder eine Vernetzungsplattform für die bestehenden kantonalen Polizeidatenbanken zu schaffen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion von alt Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP/AG) diskussionslos angenommen. Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen. Derzeit werde mit den Kantonen eine Vorstudie für eine nationale polizeiliche Abfrageplattform erarbeitet, schrieb er in seiner Stellungnahme zum Vorstoss. Je nach Ausgestaltung brauche es Gesetzesänderungen. Eine zentrale Datenerfassung und -bearbeitung stehe aber nicht zur Diskussion.

**Internationales Genf:** Der Bund kann drei Genfer Zentren für Sicherheits- und Friedenspolitik weiterhin finanziell unterstützen. Der Ständerat hat die Vorlage bereinigt. Der Bundesrat legte dem Parlament einen Rahmenkredit von 128 Millionen Franken für die Jahre 2020 bis 2023 vor. Dies sind 4 Millionen Franken mehr als in der laufenden Periode. Der Mehrbedarf wird im Aussendepartement (EDA) kompensiert. Unterstützt werden das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). Die FDP stimmt der Vorlage zu.

**Freihandelsabkommen mit Indonesien:** Das Parlament stimmt dem Freihandelsabkommen mit Indonesien zu. Als Zweitrat hat der Ständerat das Abkommen mit 34 zu 6 Stimmen gutgeheissen. Dieses betrifft auch Palmöl. Die kleine Kammer folgte dem Antrag ihrer Aussenpolitischen Kommission. Indonesien sei für die Schweiz ein potenziell bedeutender Handelspartner, insbesondere angesichts der sehr guten Wachstumsaussichten für Südostasiens Wirtschaft, hatte diese ihren Antrag begründet. Das Abkommen sieht fünf Teilkontingente für Palmölprodukte vor. Vorgaben zur Einfuhr sollen garantieren, dass die Rückverfolgbarkeit bis zum Hersteller garantiert ist. Die erreichten Vereinbarungen zum Palmöl seien sehr befriedigend, sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmungen. Die FDP begrüsst die Ausweitung des Freihandelsnetzes.

**Bundesgericht:** Der Ständerat hält es nach Entscheiden des Nationalrats nicht mehr für sinnvoll, das Bundesgerichtsgesetz zu revidieren. Er ist nicht auf eine entsprechende Gesetzesvorlage eingetreten. Nun geht die Vorlage zurück an den Nationalrat. Hält er am Reformprojekt fest, entscheidet der Ständerat ein zweites Mal. Träte die kleine Kammer dann zum zweiten Mal nicht ein, wäre die Vorlage erledigt. Ziel

dieser Revision ist es, das Bundesgericht von einfachen Fällen zu entlasten. Die Mehrheit des Ständerats inklusive der Mehrheit der FDP Delegation war der Ansicht, dass dieses Ziel mit der Vorlage nicht erreicht werden könnte. Das Bundesgericht habe sich durch die Abschaffung der subsidiären Verfassungsbeschwerde eine Entlastung erhofft. Ohne diesen Punkt verliere die Revision ihren Sinn und Zweck.

**Whistleblowing:** Heute fehlt eine explizite Regelung zum Whistleblowing. Es ist an den Gerichten, zu entscheiden, ob ein Whistleblower die Treuepflicht gegenüber seinem Arbeitgeber verletzt hat oder nicht. Dabei müssen sie eine Güterabwägung vornehmen. Der Regelungsvorschlag des Bundesrates war vom Nationalrat als zu kompliziert abgelehnt worden. Der Ständerat hat an dieser Session hingegen beschlossen, die entsprechende Vorlage zu beraten. Mit 26 zu 17 Stimmen trat die kleine Kammer auf die Gesetzesvorlage ein. Sie berät nun die Details. Für die FDP ist es wichtig, dass die zivilrechtliche Situation von Whistleblowern geregelt wird. Um eine Wirkung zu entfalten, muss eine solche aber praxistauglich sein.

**Vignette électronique :** Les Suisses devraient avoir le choix entre une vignette auto électronique et l'autocollant à placer chaque année sur le pare-brise dès 2022. Le Conseil des Etats a soutenu par 39 voix contre 2 le projet du Conseil fédéral. La vignette autocollante a été introduite en 1985 en Suisse et elle ne disparaîtra pas complètement. Le détenteur d'un véhicule aura le choix entre l'autocollant sur le pare-brise ou une vignette électronique. La vignette électronique restant facultative, le PLR soutient ce projet.

**Erneuerung Wasserkraft:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat dem Nationalrat deutlich angeschlossen und Rechtssicherheit für die Betreiber von Wasserkraftwerken geschaffen. Kern der Änderung des Wasserrechtsgesetzes ist, dass bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erneuerung einer Wasserkraftkonzession nicht vom ursprünglichen Zustand vor dem Bestehen der Anlage ausgegangen werden muss. Stattdessen soll der Ist-Zustand zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs um Neukonzessionierung Referenzgrösse sein für die Frage, welche Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen zu leisten sind. Das ist ein wichtiger Beschluss zugunsten der Wasserkraft, damit die Kapazitäten für die Stromproduktion erhalten werden können. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Ständerat mit 27 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung und im Nationalrat mit Stichentscheid der Ratspräsidentin angenommen.

### 13. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

#### Mo. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecherin NR Sauter*). **Modernisierung der individuellen Vorsorge – Einzahlung in die 3. Säule des nichterwerbstätigen Partners**

##### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesrecht so anzupassen, dass es möglich wird, in die Säule 3a des nichterwerbstätigen Ehe- oder eingetragenen Partners einzuzahlen.

##### **Begründung**

Die AHV Reform (AHV21) wird Anfang nächsten Jahrs im Parlament behandelt. Ein Reformentwurf zur beruflichen Vorsorge wird Anfang 2020 in die Vernehmlassung geschickt. Beide Reformen sind notwendig. Jedoch darf man die 3. Säule unserer Altersvorsorge nicht vergessen: Die individuelle Vorsorge. Diese muss durch eine Modernisierung gestärkt werden. Dafür sollte die Einzahlung in die 3. Säule des nichterwerbstätigen Ehe- oder eingetragenen Partners möglich werden. Dadurch können Lücken, die in Folge eines provisorischen Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt (bspw. für die Geburt eines Kindes) entstehen, ausgeglichen werden. Die eingezahlten Beträge sollten selbstverständlich auch steuerbefreit sein.

## 14. Schlussabstimmungen

**Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen. 10 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach:**

- › mit 123 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Nationalrat) und 33 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, der den Kauf neuer Kampffjets für bis zu 6 Milliarden Franken ermöglicht und Gegengeschäfte von 60 Prozent des Kaufpreises im Inland festschreibt;
- › mit 96 zu 95 Stimmen bei 7 Enthaltungen und Stichentscheid von Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (FDP/VD) und 27 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung die Änderung des Wasserrechtsgesetzes, wonach bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erneuerung einer Wasserkraft-Konzession nicht mehr vom ursprünglichen Zustand vor dem Bestehen der Anlage ausgegangen werden muss. Neu ist der Zustand beim Einreichen des Gesuchs für die neue Konzession massgebend;
- › mit 142 zu 53 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 37 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem beide Kammern die Begrenzungsinitiative der SVP zur Ablehnung empfehlen;
- › mit 142 zu 55 Stimmen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung. Es garantiert einen Betreuungsurlaub von bis zu zehn Tagen pro Jahr für Angehörige kranker Personen und ermöglicht Eltern schwerkranker Kinder bis zu 14 Wochen Urlaub;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen die Änderung des Gesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981, mit dem eine Kürzung der Ergänzungsleistungen aufgrund der Auszahlung des Solidaritätsbeitrags für Verdingkinder und andere Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen verhindert wird;
- › mit 151 zu 42 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen die gesetzliche Grundlage für die verlängerten und deshalb neu bis 2023 befristeten Steuererleichterungen auf Erdgas, Flüssiggas und biogenen Treibstoffen;
- › mit 197 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen das totalrevidierte Zivilschutzgesetz, mit dem unter anderem die Dienstpflicht im Zivilschutz verkürzt wird;
- › mit 119 zu 56 Stimmen bei 21 Enthaltungen und 34 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den Efta-Staaten und Indonesien, der unter anderem fünf Teilkontingente für Palmölprodukte vorsieht;
- › mit 142 zu 55 Stimmen und 40 zu 4 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung der Änderungen des Römer Statuts. Damit wird die Anwendung von biologischen und blind machenden Laserwaffen sowie von Waffen, die durch Splitter verletzt oder die im Körper durch Röntgenstrahlen nicht entdeckt werden können, als Kriegsverbrechen eingestuft;
- › mit 117 zu 59 Stimmen bei 21 Enthaltungen und 37 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Änderung des Asylgesetzes, wonach der Bundesrat die Parlamentskommissionen konsultieren muss, bevor er im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit Migration Verträge mit anderen Staaten abschliesst.

Die Volksinitiative kommt direkt zur Abstimmung, sofern sie nicht zurückgezogen wird. Alle anderen Vorlagen unterstehen dem fakultativen Referendum.

Ein solches hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) gegen den Kampffjet-Kauf bereits angekündigt. Die SP und die Grünen wollen das Referendum unterstützen.